

Neue Versicherungslasten für Arbeiter und Angestellte

Die Rentenbankkreditkassette der Junker beschlossen. — Annahme des Aufwertungsgeleges für öffentliche Anleiher

In der Donnerstag-Sitzung des Reichstags wurden zu Beginn mehrere Abstimmungen vorgenommen. In der Abstimmung über die Abänderungsanträge zur Deutschen Rentenbankkreditkassette wurden alle kommunistischen Anträge, sowie die der Sozialdemokraten abgelehnt und die Vorlage in dritter Lesung gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten beschlossen.

Dann folgte die dritte Lesung des Gesetzesentwurfes über die Aufwertung öffentlicher Anleihen. In der Einzelberatung wurden alle kommunistischen Anträge und die Abänderungsanträge Dr. Berts abgelehnt. Genosse Kozsch gab für die kommunistische Fraktion dabei folgende Erklärung ab:

Die Erklärung, die die kommunistische Fraktion gestern zu der Annahme des Aufwertungsgeleges abgegeben hat, bezog sich zugleich auch auf das heute angenommene Anleihebesetzungsgegesetz. Wir haben zu dieser Erklärung nichts mehr hinzuzufügen. Wir lesen aber die Aufmerksamkeit des Hauses und des gesamten deutschen Volkes auf die Tatsache, wie wichtig gestern für die Regierung und die Regierungsparteien die Privatinteressen der großkapitalistischen Inflationsgewinnler waren, die durch das erste Aufwertungsgegesetz in Sicherheit gebracht werden sollten, und wie überaus gleichgültig von derselben Regierung und denselben Parteien die Interessen der Staatsgläubiger behandelt werden, die heute auf der Tagesordnung stehen. Bei der einen Frage handelte es sich um private Gewinne bestimmter Individuen und kleiner Schichten. Hier handelt es sich um den Dank des Vaterlandes an die, die im Kriege mit allen Mitteln des moralischen Druckes gepreßt und gezwungen wurden, ihr Geld für den Roubtrug der deutschen Imperialisten herzugeben, und die jetzt von diesen gleichen imperialistischen Großkapitalisten ausgebeutet werden und für sie auch noch die Kosten des verlorenen Krieges allein tragen müssen.

(Bravo bei den Kommunisten.)

Außer den Kommunisten erklärten auch die Sozialdemokraten, Demokraten und Volkslichen, daß sie das Gesetz ablehnen würden. Die namentliche Schlussabstimmung wurde bis abends 6 Uhr ausgesetzt.

Kunmehr wurde in die zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines

Geleges über Ausbau der Angestelltenversicherung

eingetreten. Der Sozialpolitische Ausschuh hat die Regierungsvorlage bestehen lassen, die eine ganz geringe Erhöhung der Leistungen an die Angestellten bringt, die jedoch durch eine erneute Erhöhung der Versicherungsbeiträge auf Kosten der Angestellten wieder aufgehoben werden.

Unter den „Versicherten“, denen sich die Reichsparteien rühmen, heißt es, daß für Versicherte, deren monatliches Entgelt 50 Mark übersteigt, sowie für Bediener der Arbeitgeber die vollen Beiträge entrichtet sein. Der Ausschuh hat in diesem Zusammenhang auch eine neue Regelung der Invalidenversicherung vorgenommen.

Der Berichterstatter, der völkische Abgeordnete Stöhr vom Teutoburger Handlungsgewerkschaftsverband, verlor in seinem Bericht die Dinge so darzustellen, als habe im Ausschuh die vollkommenste Einmütigkeit geherrscht.

Für die Kommunisten sprach Genosse Torgler zu dem Geleit. Eingangs seiner Ausführungen stellte er fest, daß die Arbeitlosigkeit des völkischen Redners vom Standpunkt der Stabilisierung und des Wiederaufbaus der kapitalistischen, deutschen Republik wohl begrüßenswert sei, aber den Interessen der Angestellten nicht entspricht. Es stimmt nicht, daß der Ausschuh eine einheitliche Front gebildet hat; im Gegenteil, es kam zu scharfen Auseinandersetzungen.

Der Ausschuh hat nichts im Interesse der Angestellten getan. Wenn der Reichsarbeitsminister bei der ersten Lesung hier feststellte, daß der Gesetzesentwurf einen Fortschritt für die Angestelltenchaft bedeute, so stimmt das ebenjedenfalls wie die Behauptung, daß die Beschlüsse des Ausschusses irgendwie einen Fortschritt für die angestellten Versicherten bringen. Die Versicherungsleistungsgrenze ist beim alten geblieben, der Einfluß der Angestellten auf die Versicherung ist nicht verstärkt worden.

Will man aber einen Fortschritt darin sehen, daß die Rentenbeiträge erhöht werden, so wird das durch erhöhte Beiträge wieder eingeträcht. Den Wünschen und Forderungen der Angestelltenheit, ist in keiner Beziehung Rechnung getragen worden. Auch das Fehlen der Invaliden- und Altersvorsorge zu vereinheitlichen, hat bei den bürgerlichen Parteien keine Unterstützung gefunden. Kein Fortschritt, vielmehr ein Stillstand oder sogar ein Rückschritt wird mit der Vorlage durchgeführt. Die Forderung, die Unternehmer zur Beitragsleistung für die Angestelltenversicherung in einem höheren Maße heranzuziehen, wurde abgelehnt. Und hierbei wird die Regierung und das Unternehmertum von den bürgerlichen Anstellungsverbänden unterstützt. Wir glauben jedoch, daß viele in kürzester Zeit die Leistung dafür bekommen. Jeder Antrag, der wirkliche Verbesserungen bringen sollte, wurde von den Vertretern der bürgerlichen Angestelltenverbände, die in den kapitalistischen Parteien sitzen, abgelehnt. Wir haben beantragt, die Versicherungsleistungsgrenze auf 9000 Mark zu erhöhen. Dazu hat die Regierung selbst die Begründung durch die Schaffung neuer Klassen für freiwillige Mitglieder gegeben, aber eine Pflichtversicherung wurde abgelehnt, um die Unternehmer zu schonen, die nicht ge-

willt sind, für die Einkommen von 6-9000 Mark jährlich die Beitragslasten zu leisten. Der Demagogie der Regierungsparteien wurde die Krone dadurch aufgesetzt, daß sie im Ausschuh die in erster Lesung beschlossene Erhöhung der Versicherungsleistungsgrenze auf 8400 Mark befestigten.

Bei den Leistungen sind die Erhöhungen außerordentlich minimal geblieben. Unser Antrag, den Grundbeitrag der Rente von 200 auf 260 Mark zu erhöhen, den Kinderzuschlag von 20 auf 120, ist abgelehnt worden. Er wurde auf 480 Mark erhöht, was fragen jedoch die Regierungsparteien, wie ein Angestellter, der arbeitsunfähig geworden ist, mit 40 Mark monatlich auskommen soll. Auch unter Antrag, der 60 Mark vorlag, ist noch zu gering für die kapitalistischen Parteien geht es nicht darum, durch Beitragserhöhungen die Leistungen der Angestellten heranzuholen, sondern die Vermögensgrundlage, die für das Jahr 1925 gegen 120 Millionen Mark beträgt, zu erhöhen. Es werden aus den Erträgen der Angestellten Millionen für Kredite an die bürgerliche Wirtschaft gegeben und neue Summen für den kommenden Krieg aufgebaut.

In der Vorlage ist außerdem das System der Vertrauensmänner vollkommen unzulänglich geregelt. Angestellte und Arbeiter müssen für eine einheitliche Angestellten- und Arbeiterversicherung kämpfen. Die Unterstützung der Kommunisten in ihren dafür Bemühungen.

(Beifall bei den Kommunisten.)

In der Abstimmung werden die kommunistischen Anträge die Versicherungsleistungsgrenze auf 9000 Mark zu erhöhen, gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Volkslichen abgelehnt. Ebenso der kommunistische Antrag, die Altersrente von 480 auf 960 Mark und die Kinderzulage auf 60 auf 120 zu erhöhen. Vor der Schlussabstimmung gab Genosse Torgler folgende Erklärung der kommunistischen Fraktion ab:

Erklärung.

Die kommunistische Fraktion hat bei den notwendigen Beratungen zur Angestellten- und Invalidenversicherung die Forderung nach Verschmelzung zu einer einheitlichen Sozialversicherung in den Vordergrund gestellt und damit die richtige Wege gezeigt zur Vereinfachung und Verbilligung des Verwaltungsapparats.

Sie hat ferner die Forderung erhoben, daß die Angestellten und Arbeiter von jeder Beitragszahlung befreit sind, da sie ihre Arbeitskraft im Dienste des kapitalistischen Staates opfern und deshalb auch Anspruch auf eine ausreichende und einheitliche Versorgung bei Invalidität und im Alter an den Staat haben.

Im Gegensatz dazu aber haben die übrigen Parteien ausschließlich die Sozialdemokratie die an sich ungenügenden Rentenerhöhungen auf Kosten von Beitragserhöhungen vorgenommen.

Die kommunistische Fraktion hat nach Ablauf ihrer notwendigen Anträge auch für die ungenügende Erhöhung der Rentenbeiträge gestimmt. Nachdem aber diese geringe Erhöhung voll und ganz durch erhebliche Beitragserhöhungen wieder eingeträcht werden sollen, lehnt die kommunistische Fraktion das Gesetz ab.

In der Abstimmung wurde das Gesetz nach den Beschlüssen der Regierung angenommen.

Kunmehr wird in die Beratung der

Veränderung der Invalidenversicherung eingetreten. Hierbei stellten die Kommunisten einen Antrag, genau wie bei der Angestelltenversicherung, die Grundrente auf 480 Mark jährlich zu erhöhen.

Dieser Antrag erzeugte eine majestätische Wut des sozialdemokratischen Redners Karsten, der diesen kommunistischen Antrag als unverantwortliche Demagogie bezeichnete. Nach der Auswirkung der Zoll- und Steuerpolitik könne man erst an eine neue Erhöhung der Renten denken!

Dielem Sozialdemokraten antwortete Genosse Torgler auf das heulische. Sie stellt fest, daß der Sozialdemokrat Karsten sich das Recht herausgenommen hat, keine Partei als die einzige Vertreterin der Interessen der Angestellten zu stellen, um im gleichen Atemzuge die Beschlüsse der Reichstages und der kapitalistischen Regierung zu übernehmen und gegen den kommunistischen Antrag als einen Agitationsantrag festzuhalten. Die Redner der Bürgerlichen, insbesondere der Teutoburger, die nach ihm sprachen, haben ihm auch damit den Dank ausgesprochen.

Wie verhält sich nun die Sache? Die Sozialdemokraten hatten im Mai einen Antrag eingebracht auf Erhöhung der Invalidenrente um 10 Mark und der Rentenrente um 5 Mark. Die Mittel dafür sollten in erster Linie durch Reichsausgaben und ein etwaiger Fehlbetrag durch Erhöhung der Beiträge aufgebracht werden. Wir fordereten im März Erhöhung des Reichsauschlusses für die Invalidenrente auf 352 Reichsmark. Die Sozialdemokraten stimmten dagegen. Derselben Sozialdemokraten, hatten nichts für die Sozialdemokraten übrig, weil die Landesversicherungsanstalten durch die Inflation ihre Bezüge verloren hätten, fordereten wir, daß das Reich jetzt Mittel aufzubringen hat. Zwei Monate später haben die Sozialdemokraten freuten selbst einen Antrag auf Erhöhung der Reichsausgabe eingebracht. (Hört, hört! bei den Komm.) Im Ausschuh hat der Vertreter der Sozialdemokratie nichts mehr von jenem ursprünglichen Antrag verstanden lassen, sondern brachte einen neuen Antrag ein, der nicht mehr vom Reichsausgaben, sondern durch Erhöhung der Beiträge die Kosten decken sollte. Die Sozialdemokraten aber haben durch ihren Redner Karsten erklärt, daß sie gegen Reichsauschlüsse sind und für Erhöhung der Beiträge.

Der Sozialdemokrat hat versucht die Antinomie der durch die Genossen Karsten gegen die Sozialdemokraten gehalten wurde, mit dem Argument zu entkräften, daß die erhöhten Beiträge in Kauf nehmen müssen, weil sonst die Renten nicht durchgesetzt werden könnten.

In ihrer Antwort stellte Genossin Krenndick nachdrücklich fest, daß die Sozialdemokraten von Anfang an darauf eingewirkt waren, die erhöhten Leistungen durch erhöhte Beitragserhöhungen zu decken. Von vornherein haben die Sozialdemokraten die Erhöhung des Reichsauschlusses fallen gelassen.

Kunmehr werden verschiedene Schlussabstimmungen vorgenommen. Vor der Schlussabstimmung über das Aufwertungsgegesetz stellt Präsident Kade fest, daß auf diesen Antrag auch bei dem Reichstag angenommene Antrag auf Aussetzung der Vertagung des Hypothekengesetzes zutrifft. — In demselben Abstimmung wird das Gesetz in der Fassung der Regierungsparteien mit 227 gegen 196 Stimmen angenommen.

Bei der Beratung des Entwurfs einer zweiten Lesung des Personalabhangengesetzes sprach nur der sozialdemokratische Redner. Dann trat Vertagung auf Freitag 1 Uhr ein. Der kommunistische Redner wird morgen sprechen.

Das Aufwertungsgegesetz vom „Reiter“ unterschrieben

Wie bekannt, hat der Reichstag das Aufwertungsgegesetz den Opfern der Inflation 12 Prozent gibt, angenommen. Die demagogischen Versprechungen der Teutoburger sind erfüllt. Nach der Abstimmung im Reichstag hatte der Herr von Reiter, Tausende und Tausende von Opfern der Inflation hatten Hindenburg gewähnt, weil sie glaubten, er würde ihnen ihre verlorenen Schätze wiederbringen.

Sie sind bitter enttäuscht worden. Hindenburg hat die von der Mehrheit des Reichstages beschlossenen Gelege unterschrieben.

Die betrogenen Sparrer und Reiter können jetzt den Deutschnationalen und Sozialparteilern ihren Dank abgeben.

126

Man muß sich nur darüber wundern, wie wenig sich die Leute für die Sache interessieren haben.

Aus dem Kriege 1914-1918 ging der Kapitalismus geschlagen hervor und verlor den größten Teil seines Reizes. Kann man denn noch daran zweifeln, daß er ganzlich untergeht, wenn er ein neues, unerschöpfliches Abenteuer beginnt?

Man muß wahrhaftig jede Geistesgegenwart verlieren, man muß schon alle Symptome eines Reizengruppenbraches zeigen, um jene „Geiten“ zu machen, die in London gemacht werden.

Die Arbeiterklasse muß höchst aufmerksam alles anhören, was im Lager ihrer Feinde vorgeht. Durch die Schuld der Kapitalisten kann plötzlich die Flamme aufblühen. Die Werttätigen müssen dazu bereit sein, den Frieden mit allen Mitteln zu verteidigen. Die Werttätigen müssen dazu bereit sein, jenen Leuten, die auf neues Abenteuer ausgehen, daß verbrecherische Handwerk zu legen.

Mit voller Kraft vorwärts für den 26. Juli und den 2. August

Gewitterschwer lastet der Druck des Damesplanes auf der deutschen, auf der Arbeiterchaft der ganzen Welt. Die schwarz-weißrote Reichsregierung, die die Durchführung deselben mit Unterstützung der schwarz-rot-goldenen Parteien betreibt, wagt, wie das die KPD voraussetzte, die gesamten Lasten auf das deutsche Proletariat ab. Neue Zoll- und Steuererlagen sind die Geschenke für die Arbeiterchaft. Die Auftraggeber dieser Reichsregierung, die Industriellen und Großagrarien, wollen nicht nur von Steuern befreit sein, sie verlangen mehr. Ihnen kommt der Appetit beim Essen. Sie betrachten es als ganz selbstverständlich, daß ihnen die Steuer- und Zollgeschenke, herausgepreßt aus den Knochen der Proleten, zur Sanierung ihrer Wirtschaft überlassen werden. Durch brutale Klassenaußperrungen versuchen sie die Arbeiter, Angestellten und Beamten müde zu machen. Ganz selbstverständlich ist auch hier, daß die staatlichen Machtmittel durch ihre beauftragten Reichs- und Länderregierungen gegen die Arbeiter eingesetzt werden. So verstärkt sich der Druck von Tag zu Tag. Kein Tag vergeht, an dem nicht neue Klassenaußperrungen gemeldet werden. Enttäuscht, von der SPD, und dem ADGB, um ihre Hoffnungen betrogen, stehen die Arbeiter und suchen instinktiv einen Ausweg. Die raube Wirklichkeit hämmeret ihnen ein, was sie den Kommunisten nie glaubten, daß das Gebilde der SPD, und des ADGB, von dem Beginn eines neuen friedlichen Zeitalters eitel Lug und Trug war. Der mit Hilfe der SPD, und der 2. Internationale stabilisierte Kapitalismus vollzieht die Restaurierung seiner Wirtschaft auf dem Rücken des Proletariats. International wachsen die Gegensätze. Defatomben von Arbeiterblut und Arbeiterknochen werden der Stabilisierung des internationalen Kapitalismus geopfert. Neue große Kriegesgefahren sind die unmittelbare Folge. Karoffs und China geben bereites Zeugnis. Offen wird gegen den einzigen Arbeiterstaat Sowjetrußland gerichtet, werden die Vorbereitungen für einen neuen Krieg getroffen. Die 2. Internationale unterstützt, während sie von pazifistischen Phrasen trieft, den Aufmarsch der internationalen Imperialisten.

Nur die kommunistische Internationale signalisiert die Gefahren. Die rechte Sozialdemokratie auf das Angebot der KPD, die Mobilisierung der Arbeiterchaft gegen diese Gefahren gemeinsam vorzunehmen. Was ist zu tun? Die kommunistische Partei hat die Aufgabe, die Arbeiterchaft gegen die Sabotage der linken wie rechten SPD-Führer, die lieber zehnmal mit der Deutschen Volkspartei als einmal mit den Kommunisten gehen, zu alarmieren. Die Metall-, Glas-, Textil-, Eisenbahn- und Bauarbeiter, die Kampfs, sie müssen entscheiden. An die Aufrufe unserer Partei muß angeknüpft werden. Bedenke, rüttelt sie wach. Tritt sie auf. Keinem wird die Entscheidung schwer fallen. Nacht den 26. Juli, den Tag der Antikriegskundgebungen im Bezirk in einem Tag des Aufmarsches gegen die Bourgeoisie. Gestaltet den 2. August, den Tag des zentralen Klassenaufrufes der sächsischen Arbeiterchaft in Leipzig zur wichtigen Kundgebung. Stellt gegen die geschlossene Front der Bourgeoisie und ihrer Helfer die geschlossene Front des geeinten sächsischen Proletariats.

Die Hindenburg-Amnestie

Berlin, 17. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der von der Reichsregierung ausgearbeitete Amnestiegesetzentwurf ist nun dem Reichsrat zugegangen. Nach dem Plan soll er vom Reichsrat am nächsten Montag verabschiedet werden, damit ihn der Reichstag vor den Sommerferien verabschieden kann.

Der Preussische Landtag für die Todesstrafe

Berlin, 17. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Mit knapper Mehrheit wurde im Hauptsaal des Landtages die Wiederherstellung der Schwurgerichte gefordert. Gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten wurde die Beibehaltung der Todesstrafe beschlossen.

Die deutsche Arbeiterdelegation bei den Putzmalarbeitern

Berlin, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der erste Weg der in Demingrad feierlich empfangenen deutschen Arbeiterdelegation führte in den Putzmalwerken, deren Arbeiter befanntlich die Initiative ergriffen hatten, um deutsche Arbeiter nach Sowjetrußland einzuladen. Dieser Besuch hat insofern eine besondere Bedeutung für die Aufklärung der deutschen Arbeiter, weil der „Vorwärts“ über die Arbeitsbedingungen dieser Werke die tollsten Lügen verbreitet hat. Schon ihre erste Besichtigung hat die deutschen Arbeiter von der Lügenhaftigkeit dieser ungeheuren Berichte überzeugen können. Die Herzlichkeit des Empfanges, die internationale Solidarität, die in der darauf folgenden Massenversammlung herrschte, zusammen mit den mächtigen Erzeugnissen proletarischer Aufbauarbeit, wird sicherlich mit zu den tiefsten Eindrücken gehören, die unsere deutschen Arbeitsbrüder aus Sowjetrußland mitbringen.

Genosse Lieb in Paris verhaftet

Paris, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Genosse Karl Lieb, 1. Vorsitzender des Internationalen Bundes für Kriegsgesetz für Deutschland, ist gestern in Paris auf dem Bahnhof verhaftet worden. Er befand sich auf der Rückreise von einer Konferenz in Paris nach Deutschland.

SCHUTZZÖLLE-HUNGERTOD



Grasse Gewinne erfordern kleine Opfer!